

Zusammengestellt von Andreas Schwantner - amnesty international - Fachkommission Asyl

(Hinweise und Aktualisierungen bitte an: schwantner-ai@t-online.de)

Fundquellen u.a.: Homepage der Flüchtlingsräte (z.B. http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/pdf/HFK_Laenderuebersicht.pdf;
<http://www.fluechtlingsrat-nrw.de>); <http://www.vonloeper.de/aufenthaltsgesetz/laender/hessen.html>

Die aktualisierte vergleichende Gegenüberstellung der Härtefallkommissionen (HFK) der einzelnen Bundesländer berücksichtigt ggf. Änderungen in den Geschäftsordnungen etc. einzelner HFK sowie die fortgeschriebene

STATISTIK DER TÄTIGKEITSBERICHTE:

unter Berücksichtigung aller vorhandenen bzw. bekannten Daten bis 31.12.2008. Grundlage hierfür bilden die über Internet abrufbaren Tätigkeitsberichte bzw. direkt von der HFK erfragte Angaben.

Die Kumulation der Jahre 2005 – 2008 ermöglicht eine statistisch repräsentativere Auswertung der Entwicklung von Anerkennungswahrscheinlichkeiten bzw. Stattgaben durch die Innenbehörden.

Jedoch ermöglicht auch diese Darstellung nach wie vor nur eingeschränkt eine vergleichende Auswertung, da die Tätigkeitsberichte und Mitteilungen der HFK selbst noch immer nicht homogen in Art und Umfang der gelieferten Angaben sind.

ANALYSEN DER STATISTIKEN

Ab S.11-14 finden sich Analysen der statistischen Zahlen im Vergleich der Bundesländer untereinander.

In 2008 ließ sich erneut ein leicht rückläufiger Trend der **Eingaben** in den meisten Bundesländern als Auswirkung der Bleiberechtsregelung beobachten. NRW (ca. 2.300 Fälle) und Baden-Württemberg (ca. 1.500 Fälle) verzeichnen nach wie vor die höchsten Eingabequoten. Eingabequoten unter 100 für den Zeitraum 2005-2008 weisen Bremen (unverändert 18 Fälle !), Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt auf.

Die Differenz zwischen Eingaben und Beratungen ist wiederum u.a. darin begründet, dass z.B. Aufenthaltstitel nach anderen Vorschriften erteilt werden konnten oder Eingaben zurückgezogen wurden (insb. wegen der Bleiberechtsregelung)

Die höchste **Quote an positiven Härtefallersuchen**, bezogen auf die in einer HFK beratenen Fälle, verzeichnet nach wie vor Bremen mit 100 % - gefolgt von Bayern und Berlin mit je knapp 90 %. Die niedrigste Quote diesbezüglich weist wieder NRW auf (20,3 %). Hinsichtlich der **Nichtstattgaben** durch die Innenbehörden verzeichnet unverändert Berlin mit 38 % die höchste Quote; gefolgt von Mecklenb.-Vorpommern (30,43 %)

und Niedersachsen (22,22 %). Die Innenbehörden der Länder Bayern, Bremen, Hamburg (nachträglich aus 2007) und Rheinland-Pfalz gaben den **Ersuchen jeweils zu 100 % statt**.

AE NACH § 23a AUFENTHG GESAMT

Bei Auswertung der Angaben zu Personen, soweit verfügbar, und deren Hochrechnung auf alle HFK, müssten seit Bestehen der HFK nach § 23a AufenthG etwa 5.500 Personen bis zum 31.12.2008 von der Härtefallregelung profitiert und ein Aufenthaltsrecht erhalten haben. Die Bundesregierung veröffentlichte für diesen Zeitraum eine um ca. 1.000 Personen geringere Zahl! Hierzu wird insbesondere auf S.14 verwiesen. Interessant ist auch der Vergleich der Aufnahmequote in Bezug auf Bevölkerungsdichte und Königssteiner Schlüssel (s. ebenso S.14).

ENTSCHEIDUNGSKRITERIEN:

Die meisten Bundesländer haben offiziell weder einen "Punktetkatalog" noch eine "Checkliste", nach welchen sich die geforderte persönliche Härte feststellen ließe. Einige Tätigkeitsberichte führen Beispielsfälle für Erteilung oder Versagung an. NRW hat „Entscheidungsgrundsätze“ umschrieben, in denen etwa Integrationsleistungen besondere Aufmerksamkeit zukommt. Gesundheitliche Beeinträchtigungen führten nur in „extremen Sondersituationen“ zur Berücksichtigung. Schleswig-Holst. hat „Verfahrensgrundsätze“ entwickelt, die auch einige Kriterien für das Vorliegen dringender humanitärer oder persönlicher Gründe enthalten (z.B. "Geschlecht"; "schwerste gesundheitliche Problematiken, die im Herkunftsland nicht adäquat behandelt werden können"; "Kindeswohl"; "Trennung von engen Verwandten"). Durchgängig spielt der gesicherte Lebensunterhalt eine sehr große Rolle, welcher bei Fehlen oft zur Versagung führt, oder aber zur Erteilung einer AE unter Auflage, den Lebensunterhalt nach einer gewissen Zeit nachweisen zu können.

EINGABEN AUS DER SOG. "ILLEGALITÄT" HERAUS

Die Möglichkeit, aus der sogenannten "Illegalität" heraus Eingaben an eine HFK machen zu können, ist sehr abhängig von den jeweils formulierten Ausschlussgründen.

Die HFKVO Saarland macht per Ausschlussgrund, nicht im

Besitz einer gültigen Duldung zu sein, eine Eingabe aus der Illegalität heraus unmöglich.

Die HFK Hamburg teilt unmissverständlich mit, dass "*sobald ein ausreisepflichtiger ausländischer Staatsangehöriger – ob mit oder ohne Duldung – eine Eingabe einreicht, diese in Hamburg eine quasi aufschiebende Wirkung hat. Könnte der Eingabe nicht abgeholfen werden, entfällt diese Wirkung. Dann käme eine Aufenthaltsbeendigung in Betracht.*" Die Verfahrensgrundsätze der HFK Schleswig-Holst. besagen, dass AusländerInnen, die sich in der Vergangenheit nicht nur kurzfristig unrechtmäßig in der BRD aufhielten, nicht generell von der Prüfung ausgeschlossen sind; ähnliches regelt die HFKLVO von Mecklenburg-Vorpommern (hier Regelausschlussgrund).

Sehr problematisch dürften die Eingaben sein, wenn die HFKVO die Tatsache, zur Fahndung oder Aufenthaltsermittlung ausgeschrieben zu sein, als Ausschlussgrund beinhaltet, da viele dieser Personen nach "Untertauchen" diesen Tatbestand erfüllen dürften (zwingende Nichtbefassung: Baden-Württemberg; Brandenburg; Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen) Ebenfalls nicht möglich ist eine Eingabe aus der "Illegalität" heraus, wenn als zwingender Ausschlussgrund "unbekannter Aufenthaltsort" genannt ist (Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, NRW).

Sofern es sich um Regelausschluss handelt, wäre eine Befassung zwar grundsätzlich möglich, jedoch wäre mit Abschiebungshaft zu rechnen (so lautend z.B. die Mitteilung der HFK Sachsen-Anhalt – das Merkblatt des IM Sachsen-Anhalt zur HFK bezeichnet jedoch die Ausschreibung zur Fahndung wegen Untertauchens als zwingenden Ausschlussgrund).

Im übrigen wäre auch der Ausschlussgrund "mangelnde Mitwirkungspflichten" zu beachten. Sachsen z.B. erklärt, dass "*eine Eingabe aus der "Illegalität" heraus möglich sei, jedoch dann die Identität etc. offen gelegt werden müsse.*"

Inwieweit bei Offenbarung des Aufenthalts in der BRD die ABH eine Duldung erteilt und so bspw. die Fahndung aufhebt, liegt wohl in deren Ermessen. Der Leitfaden des Flüchtlingsrats Brandenburg deutet diese Chance an.

HÄRTEFALLKOMMISSIONEN - VERORDNUNGEN

	<u>HFK-VO vom</u>	<u>Fundstellen "Informationen zum HFK-Verfahren"</u>
01. BADEN-WÜRTTEMBERG	28.06.2005	http://www.im.baden-wuerttemberg.de/de/Haertefallkommission_des_Landes_Baden-Wuerttemberg/100659.html
02. BAYERN	08.08.2006	Land Bayern → http://www.stmi.bayern.de/buerger/auslaender/leben/detail/16593/
03. BERLIN	03.01.2005	http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/gesetzgebung/HaertefallVO_Berlin_261004.pdf http://www.berlin.de/lb/intmig/presse/archiv/20070524.1000.78405.html
04. BRANDENBURG	17.01.2005 geändert 20.09.06	Land Brandenburg → http://www.masgf.brandenburg.de/cms/detail.php?gsid=lbm1.c.223832.de&_siteid=19
05. BREMEN	12.12.2005 geändert 13.12.07	Land Bremen → www.inneres.bremen.de → über Suchbegriff-Eingabe
06. HAMBURG GESETZ	04.05.2005	http://hh.juris.de/hh/gesamt/HFKG_HA.htm http://www.vonloeper.de/aufenthaltsgesetz/laender/hamburg.html
07. HESSEN GESETZ	22.02.2005 geändert 30.09.08	http://www.hmdi.hessen.de/irj/HMdl_Internet?cid=1f03cfad157b7fb084e106c44c405589 http://www.vonloeper.de/aufenthaltsgesetz/laender/hessen.html
08. MECKLENBURG-VORPOMMERN	25.02.2005	http://suche.mvnet.de/cgi-bin/rp_de_search.cgi?form=extended&wm=sub&q=h%C3%A4rtefallkommission
09. NIEDERSACHSEN	06.08.2006 geändert 10.09.08	Land Niedersachsen → www.mi.niedersachsen.de/master/C23846474_L20_D0_I522_h1.html http://www.nds-fluerat.org/wp-content/uploads/2009/02/arbeitshilfe-far-eingaben-an-nds-haertefallkommission-marz-2009.pdf
10. NORDRHEIN-WESTFALEN	14.12.2004	Flüchtlingsrat NRW → http://www.fluechtlingsrat-nrw.de/1/index.php? Land NRW → www.im.nrw.de/aus/25.htm
11. RHEINLAND-PFALZ	18.03.2005	AK Asyl → www.ini-migration.de/www/aktuell/haertefall_k
12. SAARLAND	14.12.2004	Land Saarland → www.haertefallkommission.saarland.de
13. SACHSEN	11.07.2005	Sächs AusLB → www.fremdenfreundlichkeit-sachsen.de → über Suchbegriff-Eingabe
14. SACHSEN-ANHALT	09.03.2005	Land Sachsen-Anhalt → http://www.sachsen-anhalt.de/LPSA/index.php?id=4825
15. SCHLESWIG-HOLSTEIN	11.01.2005	Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein → www.frsh.de/behoe/hfk.html www.schleswig-holstein.de/IM/DE/ZuwanderungIntegration/Haertefallkommission/Haertefallkommission__node.html__nnn=true
16. THÜRINGEN	05.01.2005	Flüchtlingsrat Thüringen → www.fluechtlingsrat-thr.de/ → flürat-infos 01/05 Land Thüringen → www.thueringen.de/de/tim → über Suchbegriff-Eingabe

NACHFOLGENDE SYNOPSIS ENTHÄLT FOLGENDE VERGLEICHENDE KRITERIEN:

01. Personelle Zusammensetzung der Kommission
02. Benennung der Mitglieder
03. Voraussetzungen an die Eignung / Kenntnisse der Mitglieder
04. Formalien der Befassung mit einem Fall als Härtefall / Eingabemöglichkeiten
05. Ausschlussgründe zur Befassung oder Annahme als Härtefall
06. Vorhandensein einer Geschäftsstelle / Vorprüfungsausschuss
07. Aussetzung der Abschiebung während des Verfahrens
08. Notwendige Mehrheitsverhältnisse bei Abstimmung über einen Fall
09. Möglichkeit der Anfechtung
10. Anordnungsbefugnis
11. Tätigkeitsberichte (TB) – Statistiken bis 31.12.2008 – Abk. "kA" = keine Angaben / (Personenzahl) bei kumulierten Werten – weitere statistische Angaben ab Seite 11

<u>1. BADEN - W Ü R T T E M B E R G</u>		<u>2. B A Y E R N</u>																																																																	
01.	<ul style="list-style-type: none"> - Vertreter des Innenministeriums als Vorsitzender (1) - Integrationsbeauftragter der Landesregierung (1) - Landkreistag (1) - Städtetag (1) <p style="text-align: right;">STAAT: 4</p> <hr style="border-top: 1px dashed black;"/> <ul style="list-style-type: none"> - zwei "Persönlichkeiten des Landes" im Einvernehmen mit Integrationsbeauftragten derzeit: Gerlinde Hämmerle (RP'in a.D.) + Wilfried Ensinger (Ensinger GmbH) (2) - Liga der freien Wohlfahrtspflege (1) - evangelische Landeskirche (1) - katholische Kirche (1) <p style="text-align: right;">NGO: 5</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Vertreter des Staatsministeriums (1) = vorbehaltlich § 9 HFKomV NICHT stimmberechtigt - kommunale Spitzenverbände (4 – je 1x Gemeinde-, Städte-, Landkreistag + Verband bayr. Bezirke) <p style="text-align: right;">STAAT: 4</p> <hr style="border-top: 1px dashed black;"/> <ul style="list-style-type: none"> - evangelisch-lutherische Landeskirche (1) - katholische Kirche (1) - Liga der Wohlfahrtsverbände (3 – je 1x Caritas; Diakonie + Bayr. Rotes Kreuz) <p style="text-align: right;">NGO: 5</p> <ul style="list-style-type: none"> - an den Sitzungen können Mitarbeiter der GS teilnehmen 																																																																	
02.	durch die entsendenden Institutionen - "Persönlichkeiten des Landes" durch Innenministerium	auf Vorschlag der jeweiligen Organisationen – Ernennung durch Innenminister																																																																	
03.	VO ohne Angabe	VO ohne Angabe																																																																	
04.	§ 4 (1) - Eingaben an die HFK in schriftlicher Form bei der GS; auch durch Ausländer o. dessen Vertreter !	§ 3 HFKomV: durch Vorschlag des Eingabeausschusses, Beschluss der HFK oder Antrag von 5 Mitgliedern der HFK																																																																	
05.	<p>§ 4 (2) HFKVO "zwingend" (Nr.1-9) + § 6 HFKVO "Regelausschlussgründe" (Nr.10-12)</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Eingabe nicht zwecks Erteilung/Verlängerung einer AE; 2. nicht vollziehbar ausreisepflichtig 3. behördliches / gerichtliches Verfahren zwecks Feststellung Ausreisepflicht o. Erteilung der AE läuft 4. nicht in BRD aufhaltend; o. Aufenthalt ist nicht bekannt 5. keine ABH des Landes zuständig 6. keine wesentliche Änderung der Sach- o. Rechtslage 7. in gleicher Sache Petitionsverfahren anhängig 8. gem. § 50 (7) AufenthG zur Aufenthaltsermittlung o. Festnahme ausgeschrieben 9. Ausweisung §§ 53, 54 Nr.5, 5a, 7; § 55 Abs.2 Nr.8 AufenthG / Abschiebungsanordnung gem § 58a AufenthG 10. Sachverhalt wäre durch BAMF zu prüfen 11. bisheriger Lebensunterhalt mit öffentlichen Mitteln bestritten, obwohl arbeitsfähig; 12. zu erwarten, dass zukünftig auf öffentliche Mittel angewiesen sein wird 	<p>§ 3 Abs.2 HFKomV: – s.o.: Vorrang des Petitionsverfahrens !!</p> <p>§ 5 HFKomV - Regelausschlussgründe:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. offensichtl. rechtsmissbräuchl.Verhalten; insb. bewusste Täuschung oder Irreführung der Behörden zur erheblichen Hinauszögerung der Aufenthaltsbeendigung 2. Nichterfüllung der Passpflicht trotz zumutbarer Mitwirkung an Erhalt eines Nationalpasses; 3. Straffälligkeit, soweit bereits vorbestraft 4. Anhaltspunkte, dass eine Gefahr für die innere Sicherheit ausgehen könnte 5. fehlende konkrete Aussicht, den Lebensunterhalt zu sichern (d.h. kein ausreichendes Arbeitseinkommen + Bezug von Sozialhilfe innerhalb der letzten 2 Jahre) 6. bereits frühere Befassung der HFK 7. ausschließliche Begründung durch Umstände, die der Prüfung des BAMF unterliegen <p>→ baldiger Wegfall Ausschlussgrund oder besondere Härte sind zu berücksichtigen</p>																																																																	
06.	GS beim Innenministerium - Vorbereitungsgremium	GS beim Innenministerium - Vorbereitungsgremium																																																																	
07.	§ 5 HFKVO: JA, grundsätzlich für die Dauer der Befassung; es sei denn: Strafhaft o. Maßnahmen des unmittelbaren Zwangs zur Aufenthaltsbeendigung begonnen	§ 4 HFKomV: NEIN - Ausländer kann Aussetzung aufenthaltsbeendender Maßnahmen NICHT verlangen – bei erkennbar positivem Ausgang Anregung durch GS																																																																	
08.	§ 7 - mindestens 2/3 aller HFK-Mitglieder	§ 7 (3) HFKomV - mindestens 2/3 aller HFK-Mitglieder																																																																	
09.	§ 1 (2) HFKVO - begründet keine eigenen Rechte	HFKomV ohne Angabe																																																																	
10.	durch die für Inneres zuständige Landesbehörde (IM)	durch die für Inneres zuständige Landesbehörde (IM)																																																																	
11.	<p>TB vom 19.09.2005 – 31.12.2008 -- Internethinweis s. Seite 2 Quote Anteil Beratungen zu Eingängen kumuliert: 61,80 % Weitere Hinweise unter: Reader Diakonie/Caritas BW → http://www.ekiba.de/5469_5917.php</p> <table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <thead> <tr> <th style="text-align: center;">Fälle (Personen)</th> <th style="text-align: center;">05/06</th> <th style="text-align: center;">2007</th> <th style="text-align: center;">2008</th> <th style="text-align: center;">kumuliert</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Eingänge</td> <td style="text-align: center;">1271</td> <td style="text-align: center;">116</td> <td style="text-align: center;">113</td> <td style="text-align: center;">1.500 (5.265)</td> </tr> <tr> <td>Beratungen</td> <td style="text-align: center;">721</td> <td style="text-align: center;">131</td> <td style="text-align: center;">75</td> <td style="text-align: center;">927 (3.288)</td> </tr> <tr> <td>Ersuchen</td> <td style="text-align: center;">288</td> <td style="text-align: center;">51</td> <td style="text-align: center;">33</td> <td style="text-align: center;">372 (1.224)</td> </tr> <tr> <td>nicht abschließend entschieden</td> <td style="text-align: center;">0</td> <td style="text-align: center;">1</td> <td style="text-align: center;">1</td> <td style="text-align: center;">2 (kA)</td> </tr> <tr> <td>Stattgaben</td> <td style="text-align: center;">263</td> <td style="text-align: center;">44</td> <td style="text-align: center;">29</td> <td style="text-align: center;">336 (1.104)</td> </tr> <tr> <td>Nichtstattgaben – IM erläutert der HFK eine Nichtstattgabe</td> <td style="text-align: center;">25</td> <td style="text-align: center;">6</td> <td style="text-align: center;">3</td> <td style="text-align: center;">34 (120)</td> </tr> </tbody> </table>	Fälle (Personen)	05/06	2007	2008	kumuliert	Eingänge	1271	116	113	1.500 (5.265)	Beratungen	721	131	75	927 (3.288)	Ersuchen	288	51	33	372 (1.224)	nicht abschließend entschieden	0	1	1	2 (kA)	Stattgaben	263	44	29	336 (1.104)	Nichtstattgaben – IM erläutert der HFK eine Nichtstattgabe	25	6	3	34 (120)	<p>TB vom 09/2006 (erstmalige Einrichtung) – 31.12.2008; Internethinweis s. Seite 2 Quote Anteil Beratungen zu Eingängen kumuliert: 33,73 %</p> <table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <thead> <tr> <th style="text-align: center;">Fälle (Personen)</th> <th style="text-align: center;">05/06</th> <th style="text-align: center;">2007</th> <th style="text-align: center;">2008</th> <th style="text-align: center;">kumuliert</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Eingänge</td> <td style="text-align: center;">in</td> <td style="text-align: center;">71</td> <td style="text-align: center;">98</td> <td style="text-align: center;">169 (404)</td> </tr> <tr> <td>Beratungen</td> <td style="text-align: center;">2007</td> <td style="text-align: center;">21</td> <td style="text-align: center;">36</td> <td style="text-align: center;">57 (kA)</td> </tr> <tr> <td>Ersuchen</td> <td style="text-align: center;">ent-</td> <td style="text-align: center;">19</td> <td style="text-align: center;">32</td> <td style="text-align: center;">51 (145)</td> </tr> <tr> <td>Stattgaben – 100% (!)</td> <td style="text-align: center;">halten</td> <td style="text-align: center;">19</td> <td style="text-align: center;">32</td> <td style="text-align: center;">51 (145)</td> </tr> <tr> <td>Nichtstattgaben</td> <td></td> <td style="text-align: center;">0</td> <td style="text-align: center;">0</td> <td style="text-align: center;">0 (0)</td> </tr> </tbody> </table>	Fälle (Personen)	05/06	2007	2008	kumuliert	Eingänge	in	71	98	169 (404)	Beratungen	2007	21	36	57 (kA)	Ersuchen	ent-	19	32	51 (145)	Stattgaben – 100% (!)	halten	19	32	51 (145)	Nichtstattgaben		0	0	0 (0)
Fälle (Personen)	05/06	2007	2008	kumuliert																																																															
Eingänge	1271	116	113	1.500 (5.265)																																																															
Beratungen	721	131	75	927 (3.288)																																																															
Ersuchen	288	51	33	372 (1.224)																																																															
nicht abschließend entschieden	0	1	1	2 (kA)																																																															
Stattgaben	263	44	29	336 (1.104)																																																															
Nichtstattgaben – IM erläutert der HFK eine Nichtstattgabe	25	6	3	34 (120)																																																															
Fälle (Personen)	05/06	2007	2008	kumuliert																																																															
Eingänge	in	71	98	169 (404)																																																															
Beratungen	2007	21	36	57 (kA)																																																															
Ersuchen	ent-	19	32	51 (145)																																																															
Stattgaben – 100% (!)	halten	19	32	51 (145)																																																															
Nichtstattgaben		0	0	0 (0)																																																															

	<u>3 . B E R L I N</u>	<u>4 . B R A N D E N B U R G</u>																																																																	
01.	- Beauftragte für Integration / Migration d. Senats (1) - Senatsvertreterin für Frauenpolitik (1) ----- - Römisch-katholische Kirche (1) - Evangelische Kirche (1) - Liga der Wohlfahrtsverbände - Diakonie (1) - Flüchtlingsrat Berlin (1) - Migrationsrat Berlin (1) STAAT: 2 NGO: 5	- Innen- (1) und Sozialministerium (1) - Städte- und Gemeindebund (1) - Landkreistag Brandenburg (1) - Integrationsbeauftragte Land Brandenburg (OHNE Stimmrecht) - Leiterin der Geschäftsstelle (Vorsitzende der HFK, OHNE Stimmrecht) ----- - katholische Kirche (1) + evangelische Kirche (1) - Liga der freien Wohlfahrtsverbände - Diakonie (1) - Flüchtlingsrat Brandenburg (1) - § 2 (4) → Sachverständiger kann hinzugezogen werden STAAT: 4 NGO: 4																																																																	
02.	durch die entsendenden Institutionen	grdstzl. IM - Sozialministerium kann Flüchtlingsorganisation zur Benennung auffordern																																																																	
03.	§ 2 (4) HFKVO - sollen über Kenntnisse des Aufenthalts- und Asylrechts o. Erfahrungen in Migrations- und Flüchtlingsberatung verfügen	§ 2 (2) HFKVO - sollen über Kenntnisse des Aufenthalts- und Asylrechts o. Erfahrungen in Migrations- und Flüchtlingsberatung verfügen																																																																	
04.	§ 3 (1) HFKVO - nur auf Antrag eines der Mitglieder der HFK	§ 4 (1) HFKVO - nur auf Antrag eines der Mitglieder der HFK - GS holt Stellungnahme + fachrechtliches Votum der AB ein																																																																	
05.	§ 3 Abs.2 HFKVO "zwingend": 1. nicht in der BRD aufhaltend 2. Berliner ABH nicht zuständig 3. AE gem. § 25 Abs.4 o. Abs.5 AufenthG kann beantragt werden 4. keine Änderung der Sach-/Rechtslage 5. Ausweisung gem. §§ 53, 54 Abs.5, 5a, 6 AufenthG 6. Versagungsgrund nach § 5 Abs.4 S.1 AufenthG 7. ...sofern <u>lediglich</u> Gründe vorgebracht werden, die beim BAMF abschließend als herkunftsstaatsbezogene Gründe geprüft worden sind	§ 5 (Nr.1-8); 3 5 Abs.2 (Nr.9) HFKVO "zwingend", mit Ausnahme Nr.4 + 9 1. nicht in der BRD aufhaltend / oder keine ABH zuständig; 2. entgegen Einreise-/Aufenthaltsverbots in der BRD aufhaltend 3.a) AE kann noch anderweitig erreicht werden; 3.b) ...sofern <u>lediglich</u> Gründe vorgebracht werden, die beim BAMF abschließend als zielstaatsbezogene Gründe geprüft worden sind oder werden 4.a) entscheidungserhebliche (!) falsche / unvollständige Angaben im ausländer-/asylrechtl. Verfahren // 4.b) Täuschung über Staatsangehörigkeit o. Identität // 4.c) mangelnde Mitwirkung → Pkt. 4 kann durch 2/3-Mehrheit der HFK wg "besonderer Umstände" nicht angewandt werden 5. zur Fahndung ausgeschrieben / 6. Straftaten erheblichen Gewichts bzw. Abschiebungsanordnung § 58a AufenthG / 7. Ausweisung §§ 53, 54 / Versagung § 5(4) AufenthG / 8. keine wesentliche Änderung Sach-/Rechtslage / 9."In der Regel", wenn Rückführungstermin bereits feststeht																																																																	
06.	GS bei der Senatsverwaltung für Inneres	GS beim Innenministerium																																																																	
07.	§ 4 (3) HFKVO - JA, grundsätzlich für die Dauer der Befassung; NEIN für Ausschlussgründe § 3 (2) Nr. 5 + 6 HFKVO	§ 4 (4) HFKVO - JA, grundsätzlich für die Dauer der Befassung; NEIN wenn Rückführungs-Termin bereits feststeht																																																																	
08.	§ 5 (3) HFKVO - mindestens 2/3 der anwesenden HFK-Mitglieder	§ 6 (4) HFKVO - mindestens 2/3 der anwesenden HFK-Mitglieder																																																																	
09.	§ 6 (2) S.3 HFKVO - begründet keine eigenen Rechte	§ 2 HFKVO - begründet keine eigenen Rechte																																																																	
10.	durch die Senatsverwaltung des Innern	durch die für Inneres zuständige Landesbehörde (IM)																																																																	
11.	Statistik vom 01.01.2005 – 31.12.2008 – kein TB; nicht online erhältlich Quote Anteil Beratungen zu Eingängen kumuliert: keine Angabe <table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <thead> <tr> <th style="text-align: center;">Fälle (Personen)</th> <th style="text-align: center;">05/06</th> <th style="text-align: center;">2007</th> <th style="text-align: center;">2008</th> <th style="text-align: center;">kumuliert</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Eingänge</td> <td style="text-align: center;">kA</td> <td style="text-align: center;">kA</td> <td style="text-align: center;">kA</td> <td style="text-align: center;">kA (kA)</td> </tr> <tr> <td>Beratungen</td> <td style="text-align: center;">633</td> <td style="text-align: center;">177</td> <td style="text-align: center;">166</td> <td style="text-align: center;">976 (2.619)</td> </tr> <tr> <td>Ersuchen</td> <td style="text-align: center;">564</td> <td style="text-align: center;">154</td> <td style="text-align: center;">140</td> <td style="text-align: center;">858 (2.375)</td> </tr> <tr> <td>Stattgaben</td> <td style="text-align: center;">344</td> <td style="text-align: center;">92</td> <td style="text-align: center;">96</td> <td style="text-align: center;">532 (1.551)</td> </tr> <tr> <td>Nichtstattgaben</td> <td style="text-align: center;">220</td> <td style="text-align: center;">62</td> <td style="text-align: center;">44</td> <td style="text-align: center;">326 (824)</td> </tr> </tbody> </table> Nichtstattgaben durch IM: höchste Ablehnungsquote des IM (38 % aller Ersuchen)	Fälle (Personen)	05/06	2007	2008	kumuliert	Eingänge	kA	kA	kA	kA (kA)	Beratungen	633	177	166	976 (2.619)	Ersuchen	564	154	140	858 (2.375)	Stattgaben	344	92	96	532 (1.551)	Nichtstattgaben	220	62	44	326 (824)	TB vom 17.02.2005 – 31.12.2008 http://www.mir.brandenburg.de/cms/detail.php?id=387793 Quote Anteil Beratungen zu Eingängen kumuliert: 76,61 % <table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <thead> <tr> <th style="text-align: center;">Fälle (Personen)</th> <th style="text-align: center;">05/06</th> <th style="text-align: center;">2007</th> <th style="text-align: center;">2008</th> <th style="text-align: center;">kumuliert</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Eingänge</td> <td style="text-align: center;">73</td> <td style="text-align: center;">23</td> <td style="text-align: center;">28</td> <td style="text-align: center;">124 (310)</td> </tr> <tr> <td>Beratungen</td> <td style="text-align: center;">55</td> <td style="text-align: center;">17</td> <td style="text-align: center;">23</td> <td style="text-align: center;">95 (199)</td> </tr> <tr> <td>abschließend beraten</td> <td style="text-align: center;">47</td> <td style="text-align: center;">17</td> <td style="text-align: center;">12</td> <td style="text-align: center;">76 (kA)</td> </tr> <tr> <td>Ersuchen</td> <td style="text-align: center;">38</td> <td style="text-align: center;">11</td> <td style="text-align: center;">11</td> <td style="text-align: center;">60 (167)</td> </tr> <tr> <td>Stattgaben</td> <td style="text-align: center;">32</td> <td style="text-align: center;">10</td> <td style="text-align: center;">11</td> <td style="text-align: center;">53 (147)</td> </tr> <tr> <td>Nichtstattgaben</td> <td style="text-align: center;">4</td> <td style="text-align: center;">1</td> <td style="text-align: center;">0</td> <td style="text-align: center;">5 (15)</td> </tr> </tbody> </table> - Innenminister erläutert der HFK eine Nichtstattgabe	Fälle (Personen)	05/06	2007	2008	kumuliert	Eingänge	73	23	28	124 (310)	Beratungen	55	17	23	95 (199)	abschließend beraten	47	17	12	76 (kA)	Ersuchen	38	11	11	60 (167)	Stattgaben	32	10	11	53 (147)	Nichtstattgaben	4	1	0	5 (15)
Fälle (Personen)	05/06	2007	2008	kumuliert																																																															
Eingänge	kA	kA	kA	kA (kA)																																																															
Beratungen	633	177	166	976 (2.619)																																																															
Ersuchen	564	154	140	858 (2.375)																																																															
Stattgaben	344	92	96	532 (1.551)																																																															
Nichtstattgaben	220	62	44	326 (824)																																																															
Fälle (Personen)	05/06	2007	2008	kumuliert																																																															
Eingänge	73	23	28	124 (310)																																																															
Beratungen	55	17	23	95 (199)																																																															
abschließend beraten	47	17	12	76 (kA)																																																															
Ersuchen	38	11	11	60 (167)																																																															
Stattgaben	32	10	11	53 (147)																																																															
Nichtstattgaben	4	1	0	5 (15)																																																															

	<u>7. HESSEN</u>	<u>8. MECKLENBURG-VORPOMMERN</u>																																																																								
01.	<ul style="list-style-type: none"> - Innenministerium = Vorsitz (2) / Sozialministerium (1) (insg. 3) - drei kommunale Spitzenverbände (je 1 = 3) - Zentrale Ausländerbehörde (1) <p style="text-align: right;">STAAT: 7</p> <hr style="border-top: 1px dashed black;"/> <ul style="list-style-type: none"> - Evangelische und katholische Kirche (je 1 = 2) - Liga der Freien Wohlfahrtsverbände (2) - Amnesty International + Hessischer Flüchtlingsrat (je 1 = 2) - AG Ausländerbeiräte Hessen (1) - Beratungseinrichtung f. Frauen / Frauenbüro (1) - Beratungseinrichtung f. Opfer v. Menschenhandel (1) - Landesärztekammer (1) <p style="text-align: right;">NGO: 10</p> <hr style="border-top: 1px dashed black;"/> <p>§ 2 (1) HFKG: paritätische Besetzung mit Frauen und Männern</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Vertreter der kreisfreien Städte (1) - Vertreter der Landkreise (1) - Sozialministerium (1) <p style="text-align: right;">STAAT: 4</p> <hr style="border-top: 1px dashed black;"/> <ul style="list-style-type: none"> - Leiter der Geschäftsstelle [als Vertreter des Innenministeriums] (1) - Evangelische Kirche (1) - Katholische Kirche (1) - Flüchtlingsorganisationen des Landes (1) - Liga der Freien Wohlfahrtsverbände (1) <p style="text-align: right;">NGO: 4</p> <hr style="border-top: 1px dashed black;"/> <p>§ 2 (2) VO – paritätische Besetzung mit Frauen und Männern ("soll" – derzeit nicht realisiert)</p>																																																																								
02.	§ 2 (1) HFKG: durch IM auf Vorschlag der entsendenden Institutionen	auf Vorschlag der entsendenden Institutionen																																																																								
03.	Keine Angaben	§ 2 (3) VO - Sachverständiger mit Qualifikation in psychiatrischer Hinsicht kann hinzugezogen werden																																																																								
04.	§ 4 (1) HFKG – ausschließlich im Weg der Selbstbefassung	§ 4 (1) VO - nur von einem Mitglied der HFK § 4 (2) VO: jedoch Möglichkeit für Ausländer, sich direkt an die GS der HFK zu wenden																																																																								
05.	<p>Jeweils vorbehaltlich einer anderen Entscheidung des VorprüfungsA !!</p> <p>§ 4 (1) HFKG + § 1 (2) Nr.1 + 2 GO</p> <p>1. nur bei Zuständigkeit einer hessischen ABH</p> <p>2. nur bei vollziehbar ausreisepflichtigen Personen</p> <p>§ 1 (2) Nr. 3-13 GO: 3. Ziel in anderem ausländerrechtl. Verfahren erreichbar; 4. paralleles behördl. o. gerichtl. Verfahren zwecks Aufenthaltsstatus; 5. Paralleles Petitionsverfahren in gleicher Sache; 6. Erteilung Aufenthaltstitel wird nicht angestrebt; 7. Sachverhalt ausschließlich durch BAMF zu prüfen; 8. Versagung Aufenthaltstitel gem. § 5 (4) AufenthG; 9. Vollzug der Abschiebung bereits begonnen; 10./11. Kein Einverständnis oder keine Vollmacht des Ausländers; 12. Keinerlei Gesichtspunkte hinsichtl. dringender humanitärer/persönlicher Gründe; 13. Keine nachträgliche Änderung des Sach-/Rechtslage</p>	<p>§ 5 VO - 1.-5. zwingend ! § 7 (2) VO 6.-11.: "in der Regel":</p> <p>1. nicht in der BRD aufhaltend / ABH des Landes sind nicht zuständig</p> <p>2. Aufenthaltsort unbekannt; zur Fahndung ausgeschrieben</p> <p>3. AE kann in anderem aufenthaltsrechtlichen Verfahren erlangt werden</p> <p>4. Rückführungstermin bei länger bestehender Ausreisepflicht steht bereits fest</p> <p>5. keine nachträgliche wesentliche Änderung der Sach- und Rechtslage</p> <p>6. Aufenthaltsverbot oder illegaler Aufenthalt ; 7. Versagungsgrund nach § 5 (4) AufenthG</p> <p>8. Ausweisung / Abschiebeandrohung § 58a AufenthG; 9. lediglich durch BAMF zu prüfende Gründe; 10. Straftaten von erheblichem Gewicht; §§53,54 AufenthG</p> <p>11. wiederholter oder gröblicher Verstoß gegen Mitwirkungspflicht, Täuschung etc.</p>																																																																								
06.	§ 3 HFKG / § 4 GO: GS beim IM / VorprüfungsA (1x GS, 2x NGO-Mitglieder der HFK)	GS beim Innenministerium (Vorprüfungsausschuss)																																																																								
07.	§ 6 HFKG – GS ersucht, soweit erforderlich, ABH bis abschließendem Votum von aufenthaltsbeendenden Maßnahmen abzusehen – Erlass des HMdl vom 14.11.2008 – Aussetzung wenn nach Vorprüfung feststeht, dass Behandlung erfolgen wird	§ 3 (2) VO - keine aufenthaltsbeendenden Maßnahmen für die Dauer des Härtefallverfahrens § 2 (2) GO - sofern keine Ausschlussgründe vorliegen, fordert die Geschäftsstelle die ABH unverzüglich auf, für die Dauer des Verfahrens von aufenthaltsbeendenden Maßnahmen abzusehen																																																																								
08.	§ 7 HFKG / § 7 (2) GO - einfache Mehrheit der gesetzlich bestimmten Mitglieder	§ 7 (1) VO - Zustimmung von mindestens fünf Mitgliedern / § 7 (2) GO: qualifizierte Mehrheit																																																																								
09.	§ 9 HFKG: Beschlüsse der HFK unterliegen keiner gerichtlichen Nachprüfung	§ 4 (5) VO: kein förmlicher Rechtsbehelf																																																																								
10.	§§ 7 (4), 8 (2) HFKG: durch das Innenministerium; bei geplanter Ablehnung ist die HFK vorab zu informieren - § 9(2) GO– GS unterrichtet HFK bei geplanter Ablehnung	§ 8 VO - durch das Ministerium des Innern																																																																								
11.	<p>Statistik vom 21.04.2006 – 31.12.2008 (TB bislang nur für 2006; Zahlen 2008 enthalten in Antwort der LandesReg; DrS.: 18/808)</p> <p>Quote Anteil Beratungen zu Eingängen kumuliert: 44,80 %</p> <table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse; text-align: center;"> <thead> <tr> <th style="text-align: left;">Fälle (Personen)</th> <th>05/06</th> <th>2007</th> <th>2008</th> <th>kumuliert</th> <th></th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td style="text-align: left;">Eingänge</td> <td>129</td> <td>85</td> <td>36</td> <td>250</td> <td>(kA)</td> </tr> <tr> <td style="text-align: left;">Beratungen</td> <td>63</td> <td>29</td> <td>20</td> <td>112</td> <td>(kA)</td> </tr> <tr> <td style="text-align: left;">Ersuchen</td> <td>36</td> <td>16</td> <td>12</td> <td>64</td> <td>(kA)</td> </tr> <tr> <td style="text-align: left;">Stattgaben</td> <td>32</td> <td>15</td> <td>11</td> <td>58</td> <td>(kA)</td> </tr> <tr> <td style="text-align: left;">Nichtstattgaben</td> <td>4</td> <td>1</td> <td>1</td> <td>6</td> <td>(kA)</td> </tr> </tbody> </table>	Fälle (Personen)	05/06	2007	2008	kumuliert		Eingänge	129	85	36	250	(kA)	Beratungen	63	29	20	112	(kA)	Ersuchen	36	16	12	64	(kA)	Stattgaben	32	15	11	58	(kA)	Nichtstattgaben	4	1	1	6	(kA)	<p>TB vom 01.01.2005 – 31.12.2008 http://www.regierung-mv.de/cms2/Regierungsportal_prod/Regierungsportal/de/im/Themen/Asyl_und_Fluechtlinge/Haerte_fallkommission/index.jsp?&downloads=1 / Quote Anteil Beratungen zu Eingängen kumuliert:38,78%</p> <table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse; text-align: center;"> <thead> <tr> <th style="text-align: left;">Fälle (Personen)</th> <th>05/06</th> <th>2007</th> <th>2008</th> <th>kumuliert</th> <th></th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td style="text-align: left;">Eingänge</td> <td>77</td> <td>6</td> <td>15</td> <td>98</td> <td>(kA)</td> </tr> <tr> <td style="text-align: left;">Beratungen</td> <td>17</td> <td>11</td> <td>10</td> <td>38</td> <td>(kA)</td> </tr> <tr> <td style="text-align: left;">Ersuchen</td> <td>9</td> <td>8</td> <td>6</td> <td>23</td> <td>(68)</td> </tr> <tr> <td style="text-align: left;">Stattgaben</td> <td>7</td> <td>4</td> <td>5</td> <td>16</td> <td>(46)</td> </tr> <tr> <td style="text-align: left;">Nichtstattgaben</td> <td>2</td> <td>4</td> <td>1</td> <td>7</td> <td>(22)</td> </tr> </tbody> </table> <p>Nichtstattgaben durch IM: zweithöchste Ablehnungsquote des IM (30,43 % aller Ersuchen)</p>	Fälle (Personen)	05/06	2007	2008	kumuliert		Eingänge	77	6	15	98	(kA)	Beratungen	17	11	10	38	(kA)	Ersuchen	9	8	6	23	(68)	Stattgaben	7	4	5	16	(46)	Nichtstattgaben	2	4	1	7	(22)
Fälle (Personen)	05/06	2007	2008	kumuliert																																																																						
Eingänge	129	85	36	250	(kA)																																																																					
Beratungen	63	29	20	112	(kA)																																																																					
Ersuchen	36	16	12	64	(kA)																																																																					
Stattgaben	32	15	11	58	(kA)																																																																					
Nichtstattgaben	4	1	1	6	(kA)																																																																					
Fälle (Personen)	05/06	2007	2008	kumuliert																																																																						
Eingänge	77	6	15	98	(kA)																																																																					
Beratungen	17	11	10	38	(kA)																																																																					
Ersuchen	9	8	6	23	(68)																																																																					
Stattgaben	7	4	5	16	(46)																																																																					
Nichtstattgaben	2	4	1	7	(22)																																																																					

9 . NIEDERSACHSEN		10 . NORDRHEIN-WESTFALEN																																																																	
01.	<ul style="list-style-type: none"> - Vorsitzendes Mitglied (Innenministerium; ohne Stimmrecht) - Innenministerium (1) - Vertreter des Landkreistages (1) - Vertreter des Städtetages (1) - Evangelische Kirche (1) - Katholische Kirche (1) - Liga Freie Wohlfahrtsverbände – DRK (1) - *Unternehmerverbände (1) - *Gewerkschaftsverbände (1) <p style="text-align: right;">STAAT: 3</p> <hr style="border-top: 1px dashed black;"/> <p style="text-align: right;">NGO: 5</p> <p>Mitwirkung von Flüchtlings-NGO nur in Stellvertreter-Funktion - § 7 (1): keine Anhörungen</p>	<ul style="list-style-type: none"> - LeiterIn der Geschäftsstelle = Vorsitzende/r (1) - Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration NRW (1) - Ausländerbehörde (1) - Römisch-katholische Kirche (1) - Evangelische Kirche (1) - Liga der Freien Wohlfahrtsverbände (1) - Flüchtlingsrat NRW (1) - Pro Asyl (1 - Volker Maria Hügel) - Ärzteschaft (1 - Herr Dr. Gierlichs) <p style="text-align: right;">STAAT: 3</p> <hr style="border-top: 1px dashed black;"/> <p style="text-align: right;">NGO: 6</p>																																																																	
02.	auf Vorschlag der entsendenden Institutionen; *durch IM-Nds !!	durch den Innenminister																																																																	
03.	§ 2 (4) NHärteKVO - außer vorsitzendem Mitglied alle ehrenamtlich tätig	§ 2 (2) HFKVO - sollen Erfahrungen in Ausländer- und Flüchtlingsarbeit haben																																																																	
04.	§ 4 (1) - nur im Wege einer schriftlichen Eingabe durch ein HFK-Mitglied / § 5 (1) - vorsitzendes Mitglied entscheidet über Vorliegen der Voraussetzungen zur Befassung	nur durch Mitglieder der HFK / ABH können der GS Einzelfälle vorlegen (Pkt.2 GO) / - §§ 3 (2) / 4 (2) HFKVO: GS holt vorher Stellungnahme + fachrechtliches Votum der AB ein																																																																	
05.	<p>§ 5 (1) 1-9 NHärteKVO <u>zwingend</u>: 1. nicht in BRD aufhaltend, Aufenthalt unbekannt - 2. ABH des Landes nicht zuständig - 3. Person nicht vollziehbar ausreisepflichtig - 4. Termin für Abschiebung steht bereits fest - 5. unanfechtbare Ausweisung - 6. in 3 Jahren vor Eingabe Geldstrafe 90 Tagessätze oder Haftstrafe 3 Monate - 7. Petition anhängig - 8. Landtag oder HFK abschließend entschieden und keine Änderung der Sach- oder Rechtslage - 9. ausschließlich durch BAMF zu prüfende Gründe</p> <p>§ 6 (1) 1-4, (3) NHärteKVO "<u>in der Regel</u>" 1. Ausweisung nach §§ 53, 54, 55 (2) Nr.8 AufenthG oder Abschiebeanordnung nach § 58a AufenthG - 2. Verstoß gegen Mitwirkungspflichten - 3. Täuschung über aufenthaltsrechtliche Umstände - 4. Bezug von Sozialleistungen</p> <p>- Abs.3: ausschließlich durch BAMF zu prüfende Gründe</p> <p>§ 6 Abs.1 S.2 NHärteKVO: "Haftung für Familienmitglieder" – Ausschluss bei einem Familienmitglied nach § 5 oder § 6 Nr.1-3 wirkt in der Regel gegen andere Familienmitglieder !!</p>	<p>§ 5 Abs.1 HFKVO (1.-7.: zwingend) § 5 Abs.2 HFKVO (8.-13. "soll")</p> <p>1. nicht in der BRD aufhaltend / 2. ABH NRW nicht zuständig / 3. nicht vollziehbar ausreisepflichtig / 4. keinen ordnungsgemäßen Wohnsitz in NRW / 5. Abschiebungsanordnung nach § 58a AufenthG / 6. Versagungsgrund nach § 5 (4) AufenthG / 7. Ausweisung gem. § 53 AufenthG /</p> <p>8. Aufenthalt entgegen § 11 AufenthG</p> <p>9. AE kann noch anderweitig erreicht werden</p> <p>10. zur Fahndung ausgeschrieben</p> <p>11. Straftaten von erheblichem Gewicht</p> <p>12. Ausweisung gem. § 54 AufenthG</p> <p>13. Termin für Rückführung steht fest</p>																																																																	
06.	GS im Innenministerium (KEIN Vorprüfungsausschuss)	GS beim Innenministerium (Vorprüfungsausschuss)																																																																	
07.	§ 5 (2) NHärteKVO - Zurückstellung aufenthaltsbeendender Maßnahmen bis zur Entscheidung	VO ohne Angabe; Pkt.4 IM-Hinweise vom 20.01.2005: keine aufschiebende Wirkung ("Empfehlung an ABH, von aufenthaltsbeend. Maßnahmen abzusehen, im Regelfall für nicht mehr als 8 Wochen");																																																																	
08.	§ 7 (2,3) – 2/3-Mehrheit der anwesenden Mitglieder (beschlussfähig bei mind. 5 Mitgliedern)	§ 6(3) HFKVO - einfache Stimmenmehrheit anwesender HFK-Mitglieder																																																																	
09.	VO ohne Angabe - Begründung VO: "kein Verwaltungsakt"	§ 1 (2) HFKVO + Pkt.4 GO - begründet keine eigenen Rechte, kein Rechtsbehelf																																																																	
10.	VO ohne Angabe	§ 7 (1) HFKVO - Übertragung auf die Ausländerbehörden !!																																																																	
11.	<p>TB von 26.09.2006 bis 31.12.2008; Quote Anteil Beratungen zu Eingängen kumuliert:19,5 % http://cdl.niedersachsen.de/blob/images/C49597733_L20.pdf</p> <table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse; text-align: center;"> <thead> <tr> <th style="width: 25%;">Fälle (Personen)</th> <th style="width: 10%;">05/06</th> <th style="width: 10%;">2007</th> <th style="width: 10%;">2008</th> <th style="width: 10%;">kumuliert</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Eingänge</td> <td>erst ab</td> <td>117</td> <td>42</td> <td>159 (kA)</td> </tr> <tr> <td>Beratungen</td> <td>Aug.2006</td> <td>12</td> <td>19</td> <td>31 (kA)</td> </tr> <tr> <td>Ersuchen</td> <td>TB</td> <td>6</td> <td>12</td> <td>18 (kA)</td> </tr> <tr> <td>Stattgaben</td> <td>06/07</td> <td>5</td> <td>9</td> <td>14 (kA)</td> </tr> <tr> <td>Nichtstattgaben -noch in Prüfung</td> <td></td> <td>1</td> <td>3</td> <td>4 (kA)</td> </tr> </tbody> </table> <p>Negativwirkung: Auch nach VO-Änderung werden bei Abstimmung mit 2/3 Mehrheit der anwesenden Mitglieder weiter 6-Ja-Stimmen (faktische ¾ Mehrheit) für ein Härtefallersuchen benötigt</p>	Fälle (Personen)	05/06	2007	2008	kumuliert	Eingänge	erst ab	117	42	159 (kA)	Beratungen	Aug.2006	12	19	31 (kA)	Ersuchen	TB	6	12	18 (kA)	Stattgaben	06/07	5	9	14 (kA)	Nichtstattgaben -noch in Prüfung		1	3	4 (kA)	<p>Statistik von 01.01.2005 – 31.12.2008 // kein TB; Statistik nicht online erhältlich Quote Anteil Beratungen zu Eingängen kumuliert: 75,25 %</p> <table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse; text-align: center;"> <thead> <tr> <th style="width: 25%;">Fälle (Personen)</th> <th style="width: 10%;">05/06</th> <th style="width: 10%;">2007</th> <th style="width: 10%;">2008</th> <th style="width: 10%;">kumuliert</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Eingänge</td> <td>1.756</td> <td>305</td> <td>250</td> <td>2.311 (kA)</td> </tr> <tr> <td>Beratungen</td> <td>1.272</td> <td>303</td> <td>164</td> <td>1.739 (kA)</td> </tr> <tr> <td>Ersuchen</td> <td>240</td> <td>46</td> <td>67</td> <td>353 (kA)</td> </tr> <tr> <td>keine abschließ. Entscheidung ABH</td> <td>115</td> <td>-86</td> <td>1</td> <td>30 (kA)</td> </tr> <tr> <td>Stattgaben – – ca. 95% (!!)</td> <td>109</td> <td>132</td> <td>66</td> <td>307 (kA)</td> </tr> <tr> <td>Nichtstattgaben</td> <td>16</td> <td>0</td> <td>0</td> <td>16 (kA)</td> </tr> </tbody> </table>	Fälle (Personen)	05/06	2007	2008	kumuliert	Eingänge	1.756	305	250	2.311 (kA)	Beratungen	1.272	303	164	1.739 (kA)	Ersuchen	240	46	67	353 (kA)	keine abschließ. Entscheidung ABH	115	-86	1	30 (kA)	Stattgaben – – ca. 95% (!!)	109	132	66	307 (kA)	Nichtstattgaben	16	0	0	16 (kA)
Fälle (Personen)	05/06	2007	2008	kumuliert																																																															
Eingänge	erst ab	117	42	159 (kA)																																																															
Beratungen	Aug.2006	12	19	31 (kA)																																																															
Ersuchen	TB	6	12	18 (kA)																																																															
Stattgaben	06/07	5	9	14 (kA)																																																															
Nichtstattgaben -noch in Prüfung		1	3	4 (kA)																																																															
Fälle (Personen)	05/06	2007	2008	kumuliert																																																															
Eingänge	1.756	305	250	2.311 (kA)																																																															
Beratungen	1.272	303	164	1.739 (kA)																																																															
Ersuchen	240	46	67	353 (kA)																																																															
keine abschließ. Entscheidung ABH	115	-86	1	30 (kA)																																																															
Stattgaben – – ca. 95% (!!)	109	132	66	307 (kA)																																																															
Nichtstattgaben	16	0	0	16 (kA)																																																															

1 1 . R H E I N L A N D - P F A L Z

1 2 . S A A R L A N D

<p>01. - StaatssekretärIn Innenministerium / - Beauftragte der Landesregierung für Migration und Integration (Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familien und Frauen) (beide ohne Stimmrecht) - LeiterIn des für Ausländerrecht zuständigen Referats (1) - Bürgerbeauftragte des Landes Rheinland-Pfalz (1) - Städtetag + Landkreistag Rheinland-Pfalz (2)* - Evangelische Kirche - Katholische Kirche (2)* - Liga freier Wohlfahrtsverbände (1)* - ai-Landesbeauftragter für Asylfragen (1 – Heiko Müller)* * (§ 2 Abs.6 GO: Sitzungspauschale 25.-€ / Fahrkostenerstattung)</p> <p style="text-align: right;">STAAT: 4 NGO: 4</p>	<p>- v. Landtag bestelltes Mitglied als Vorsitzende/r (1) - Landkreistag des Saarlandes (1) - Städte- und Gemeindetages des Saarlandes (1) STAAT: 3</p> <hr/> <p>- Liga der Freien Wohlfahrtsverbände (2) - Evangelische Kirche (1) - Katholische Kirche (1) - AG der Ausländerbeiräte (1) NGO: 5</p>																																																																	
<p>02. durch die entsendenden Institutionen</p>	<p>durch entsendende Institution</p>																																																																	
<p>03. § 2 (4) HFKVO - Kenntnisse des Aufenthalts- / Asylrechts oder Erfahrungen in Migrations- und Flüchtlingsberatung</p>	<p>keine Angaben</p>																																																																	
<p>04. § 3 (1) HFKVO - nur von einem Mitglied der HFK -- § 4 Abs.1 GO: formlose Eingaben Dritter sind zu prüfen - das betr. Mitglied ist hier frei in seiner Entscheidung</p>	<p>- nur auf Vorlage durch mindestens einem Mitglied der HFK - §2 Nr.2 GO der HFK: Betroffenen werden Gründe der Nichtbefassung mitgeteilt</p>																																																																	
<p>05. § 3 (2) + § 4 HFKVO (1.-6. zwingend: 7.-11. "in der Regel") 1. nicht in der BRD aufhaltend / 2. AB Rhl./Pf. nicht zuständig 3. nicht vollziehbar ausreisepflichtig 4. lediglich Gründe, die durch das BAMF zu prüfen sind !! 5. Abschiebungsanordnung nach § 58a AufenthG oder Ausweisung nach § 53 AufenthG 6. keine Änderung von Sach- / Rechtslage 7. Straftaten von erheblichem Gewicht 8. Vorliegen von Ausreisehindernissen selbst verschuldet 9. Einreise unmittelbar vor HFK-Antrag illegal, visumsfrei o. mit Besuchsvisum 10. Aufenthaltsverbot gemäß § 11 AufenthG 11. Regelausweisung gem. § 54 AufenthG</p>	<p>§ 5 HFKVO "zwingend" 1. ABH Saarland sind nicht zuständig 2. nicht im Besitz einer gültigen Duldung gem. 60a AufenthG 3. ausschließlich zielstaatsbezogene Gründe 4. Ausweisung gem. §§ 53, 54, 55 Abs. 2 Nr. 1, 8a oder 8b AufenthG 5. keine Änderung der Sach- oder Rechtslage 6. Antrag nach § 25 Abs. 4 oder 5 AufenthG möglich</p>																																																																	
<p>06. GS beim Innenministerium (§1 Abs.2 GO: Vorprüfungsausschuss)</p>	<p>GS beim Innenministerium (§ 2 GO: Vorprüfungsgremium)</p>																																																																	
<p>07. § 3 (1) S.4 HFKVO - Antrag hat <u>keine</u> aufschiebende Wirkung ABER: Bitten des IM, keine Abschiebungen vorzunehmen, wird Folge geleistet !</p>	<p>keine Angaben in der VO - lt. Merkblatt der GS: Eingabe ist kein Rechtsbehelf, daher keine aufschiebende Wirkung, daher keine Aussetzung d. Abschiebung</p>																																																																	
<p>08. § 5 (1) HFKVO - 2/3-Mehrheit der <u>anwesenden</u> HFK-Mitglieder (schriftliches Beschlussverfahren: 2/3 <u>aller</u> Mitglieder !)</p>	<p>§ 6 (2) HFKVO - durch ¾-Mehrheit / bei Bezug von Sozialhilfe muss Stadt- o. Landkreistag zustimmen !!</p>																																																																	
<p>09. § 3 (1) S.4 HFKVO - Antrag kein förmlicher Rechtsbehelf</p>	<p>VO ohne Angabe - lt. Merkblatt GS: "nicht justizabel"</p>																																																																	
<p>10. durch das Ministerium des Innern</p>	<p>VO ohne Angabe</p>																																																																	
<p>11. Statistik vom 01.01.2006 – 31.12.2008 // kein TB; Statistik nicht online erhältlich Quote Anteil Beratungen zu Eingängen kumuliert: 95,33 %</p> <table border="1" data-bbox="190 1324 1182 1524"> <thead> <tr> <th>Fälle (Personen)</th> <th>05/06</th> <th>2007</th> <th>2008</th> <th>kumuliert</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Eingänge</td> <td>116</td> <td>24</td> <td>10</td> <td>150 (524)</td> </tr> <tr> <td>Beratungen</td> <td>111</td> <td>21</td> <td>11</td> <td>143 (510)</td> </tr> <tr> <td>Ersuchen</td> <td>39</td> <td>6</td> <td>3</td> <td>48 (177)</td> </tr> <tr> <td>Stattgaben – 100 % (!!)</td> <td>39</td> <td>6</td> <td>3</td> <td>48 (177)</td> </tr> <tr> <td>Nichtstattgaben</td> <td>0</td> <td>0</td> <td>0</td> <td>0 (0)</td> </tr> </tbody> </table>	Fälle (Personen)	05/06	2007	2008	kumuliert	Eingänge	116	24	10	150 (524)	Beratungen	111	21	11	143 (510)	Ersuchen	39	6	3	48 (177)	Stattgaben – 100 % (!!)	39	6	3	48 (177)	Nichtstattgaben	0	0	0	0 (0)	<p>TB von 2005 – 31.12.2008 / Quote Anteil Beratungen zu Eingängen kumuliert:64,53 % http://www.haertefallkommission.saarland.de/13676.htm</p> <table border="1" data-bbox="1214 1308 2161 1532"> <thead> <tr> <th>Fälle (Personen)</th> <th>05/06</th> <th>2007</th> <th>2008</th> <th>kumuliert</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Eingänge</td> <td>173</td> <td>17</td> <td>13</td> <td>203 (683)</td> </tr> <tr> <td>Beratungen</td> <td>101</td> <td>14</td> <td>16</td> <td>131 (431)</td> </tr> <tr> <td>Ersuchen</td> <td>71</td> <td>13</td> <td>12</td> <td>96 (318)</td> </tr> <tr> <td>Stattgaben</td> <td>59</td> <td>12</td> <td>8</td> <td>79 (258)</td> </tr> <tr> <td>IM nicht abschließ. entschieden</td> <td>0</td> <td>0</td> <td>2</td> <td>2 (8)</td> </tr> <tr> <td>Nichtstattgaben</td> <td>11</td> <td>1</td> <td>2</td> <td>14 (50)</td> </tr> </tbody> </table>	Fälle (Personen)	05/06	2007	2008	kumuliert	Eingänge	173	17	13	203 (683)	Beratungen	101	14	16	131 (431)	Ersuchen	71	13	12	96 (318)	Stattgaben	59	12	8	79 (258)	IM nicht abschließ. entschieden	0	0	2	2 (8)	Nichtstattgaben	11	1	2	14 (50)
Fälle (Personen)	05/06	2007	2008	kumuliert																																																														
Eingänge	116	24	10	150 (524)																																																														
Beratungen	111	21	11	143 (510)																																																														
Ersuchen	39	6	3	48 (177)																																																														
Stattgaben – 100 % (!!)	39	6	3	48 (177)																																																														
Nichtstattgaben	0	0	0	0 (0)																																																														
Fälle (Personen)	05/06	2007	2008	kumuliert																																																														
Eingänge	173	17	13	203 (683)																																																														
Beratungen	101	14	16	131 (431)																																																														
Ersuchen	71	13	12	96 (318)																																																														
Stattgaben	59	12	8	79 (258)																																																														
IM nicht abschließ. entschieden	0	0	2	2 (8)																																																														
Nichtstattgaben	11	1	2	14 (50)																																																														

<u>13. SACHSEN</u>						<u>14. SACHSEN-ANHALT</u>																																																																	
01.	- Staatsministerium des Innern (1) - Staatsministerium für Soziales (1) - Sächsischer Städte- und Gemeindetag e.V. (1) - Sächsischer Landkreistag e.V. (1)					STAAT: 4																																																																	
	- Evangelisch-Lutherische Landeskirche Sachsens (1) - Bistum Dresden-Meißen (1) - Sächsischer Flüchtlingsrat e.V. (1) - Liga der Freien Wohlfahrtspflege – vertreten durch Diakonie (1)					NGO: 4																																																																	
Der Ausländerbeauftragte für die Dauer seiner Amtszeit, sofern Einverständnis gegenüber IM						Vorschlagsberechtigt für je 1 Mitglied und 1 StellvertreterIn sind: - Landkreistag Sachsen-Anhalt (1) - Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt (1) - Ministerium für Gesundheit und Soziales (1) - Ministerium des Innern (1)																																																																	
- LIGA der Freien Wohlfahrtspflege im Land Sachsen-Anhalt e. V. (1)						STAAT: 4																																																																	
- Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt (1)																																																																							
- Katholische Kirche Sachsen-Anhalt(1)																																																																							
- Evangelischen Kirchen Sachsen-Anhalt (1)						NGO: 4																																																																	
02.	Auf Vorschlag o.g. Institutionen – durch den Innenminister					auf Vorschlag der entsendenden Institutionen – Berufung durch den Innenminister																																																																	
03.	Kenntnisse des Aufenthalts- und Asylrechts oder Erfahrungen in der Flüchtlingsberatung					es "sollen" Kenntnisse über Aufenthalts- + Asylrecht; oder Erfahrungen in der Flüchtlingsberatung vorhanden sein																																																																	
04.	- ausschließlich durch ein Mitglied der HFK					- ausschließlich durch ein (stellvertretendes) Mitglied der HFK																																																																	
05.	§ 3 (1) + (3) HFKVO - zwingend (1.-7.) / § 3 (2) HFKVO "in der Regel" (8.-11.) 1. ABH Sachsen nicht zuständig 2. nur Gründe, die bereits in einem Gerichts- oder Petitionsverfahren überprüft wurden 3. hinsichtlich Vollziehbarkeit der Ausreisepflicht Verwaltungs- oder Gerichtsverfahren anhängig 4. keine günstigere Änderung der Sach- oder Rechtslage 5. Ausweisungsgrund; erfolgte Ausweisung o. Androhung; § 54 Nr. 5, 5a, 6; § 58a AufenthG 6. keine Einwilligung i.R. des Datenschutzgesetzes 7. §3 (3) HFKVO - lediglich durch BAMF zu prüfende Gründe 8. wiederholter, gröblicher Verstoß gegen Mitwirkungspflicht 9. rechtskräftige Verurteilung zu mind. 6 Mon. / 180 TS in den letzten 3 Jahren 10. Petitionsverfahren ist anhängig / 11. nicht in der Lage, Lebensunterhalt zu sichern					§ 6 HFKVO 1. in den letzten 3 Jahren Verurteilung zu einer Jugend- oder Freiheitsstrafe (mind. 6 Monate oder 180 Tagessätze) 2. Ausweisung gem. §§ 53, 54 AufenthG o. Versagung des Aufenthaltstitels gem. § 5 (4) AufenthG 3. wiederholt oder gröblich gegen Mitwirkungspflichten verstoßen hat o. verstößt / o. beharrlich über aufenthaltsrechtlich bedeutsame Umstände getäuscht hat (insb. bei Passbeschaffung lt. Merkblatt des IM) 4. zur Fahndung ausgeschrieben ("z.B. wegen Untertauchens"; lt. Merkblatt des IM)																																																																	
06.	VO ohne Angabe; lt. § 5 GO der HFK - JA					Im Innenministerium ist eine weisungsunabhängige Geschäftsstelle eingerichtet. Sie bereitet die Sitzungen der Kommission vor. Eine Vorprüfung der Anträge erfolgt nicht.																																																																	
07.	VO ohne Angabe; lt. § 6 (4) GO der HFK: das IM bittet die ABH, die Abschiebung bis Beendigung des Verfahrens auszusetzen					Das Innenministerium ordnet die Aussetzung der Abschiebung dann an, wenn keine Ausschlussgründe nach § 6 HFK-VO vorliegen																																																																	
08.	§ 2 HFKVO: 2/3 - Mehrheit der stimmberechtigten HFK-Mitglieder (auch der nicht anwesenden !!) - beschlussfähig > 50%					§ 5 Abs.2 HFKVO: 2/3 - Mehrheit der stimmberechtigten HFK-Mitglieder (auch der nicht anwesenden !!)																																																																	
09.	VO ohne Angabe					VO ohne Angabe - Begründung zu § 4: "nicht justizabel"																																																																	
10.	§ 2 HFK-VO: durch das Innenministerium					VO ohne Angabe																																																																	
11.	Statistik von 2005 – 31.12.2008 // kein TB; Statistik nicht online erhältlich Quote Anteil Beratungen zu Eingängen kumuliert: keine Angaben					TB 2005-31.12.2008 http://www.sachsen-anhalt.de/LPSA/index.php?id=16010 Quote Anteil Beratungen zu Eingängen kumuliert: 93,88 %																																																																	
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <thead> <tr> <th style="text-align: center;">Fälle (Personen)</th> <th style="text-align: center;">05/06</th> <th style="text-align: center;">2007</th> <th style="text-align: center;">2008</th> <th style="text-align: center;">kumuliert</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Eingänge</td> <td style="text-align: center;">55</td> <td style="text-align: center;">kA</td> <td style="text-align: center;">kA</td> <td style="text-align: center;">kA (kA)</td> </tr> <tr> <td>Beratungen</td> <td style="text-align: center;">43</td> <td style="text-align: center;">11</td> <td style="text-align: center;">16</td> <td style="text-align: center;">70 (195)</td> </tr> <tr> <td>Ersuchen</td> <td style="text-align: center;">28</td> <td style="text-align: center;">9</td> <td style="text-align: center;">12</td> <td style="text-align: center;">49 (150)</td> </tr> <tr> <td>Stattgaben</td> <td style="text-align: center;">21</td> <td style="text-align: center;">9</td> <td style="text-align: center;">9</td> <td style="text-align: center;">39 (118)</td> </tr> <tr> <td>Nichtstattgaben</td> <td style="text-align: center;">4</td> <td style="text-align: center;">0</td> <td style="text-align: center;">3</td> <td style="text-align: center;">7 (26)</td> </tr> </tbody> </table>					Fälle (Personen)	05/06	2007	2008	kumuliert	Eingänge	55	kA	kA	kA (kA)	Beratungen	43	11	16	70 (195)	Ersuchen	28	9	12	49 (150)	Stattgaben	21	9	9	39 (118)	Nichtstattgaben	4	0	3	7 (26)	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <thead> <tr> <th style="text-align: center;">Fälle (Personen)</th> <th style="text-align: center;">05/06</th> <th style="text-align: center;">2007</th> <th style="text-align: center;">2008</th> <th style="text-align: center;">kumuliert</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Eingänge</td> <td style="text-align: center;">60</td> <td style="text-align: center;">26</td> <td style="text-align: center;">12</td> <td style="text-align: center;">98 (349)</td> </tr> <tr> <td>Beratungen</td> <td style="text-align: center;">49</td> <td style="text-align: center;">25</td> <td style="text-align: center;">18</td> <td style="text-align: center;">92 (kA)</td> </tr> <tr> <td>Ersuchen (08: 2 von 8 F. offen)</td> <td style="text-align: center;">17</td> <td style="text-align: center;">6</td> <td style="text-align: center;">8</td> <td style="text-align: center;">31 (kA)</td> </tr> <tr> <td>Stattgaben – über 95% (!!)</td> <td style="text-align: center;">16</td> <td style="text-align: center;">6</td> <td style="text-align: center;">6</td> <td style="text-align: center;">28 (121)</td> </tr> <tr> <td>Nichtstattgaben</td> <td style="text-align: center;">1</td> <td style="text-align: center;">0</td> <td style="text-align: center;">0</td> <td style="text-align: center;">1 (kA)</td> </tr> </tbody> </table>						Fälle (Personen)	05/06	2007	2008	kumuliert	Eingänge	60	26	12	98 (349)	Beratungen	49	25	18	92 (kA)	Ersuchen (08: 2 von 8 F. offen)	17	6	8	31 (kA)	Stattgaben – über 95% (!!)	16	6	6	28 (121)	Nichtstattgaben	1	0	0	1 (kA)
Fälle (Personen)	05/06	2007	2008	kumuliert																																																																			
Eingänge	55	kA	kA	kA (kA)																																																																			
Beratungen	43	11	16	70 (195)																																																																			
Ersuchen	28	9	12	49 (150)																																																																			
Stattgaben	21	9	9	39 (118)																																																																			
Nichtstattgaben	4	0	3	7 (26)																																																																			
Fälle (Personen)	05/06	2007	2008	kumuliert																																																																			
Eingänge	60	26	12	98 (349)																																																																			
Beratungen	49	25	18	92 (kA)																																																																			
Ersuchen (08: 2 von 8 F. offen)	17	6	8	31 (kA)																																																																			
Stattgaben – über 95% (!!)	16	6	6	28 (121)																																																																			
Nichtstattgaben	1	0	0	1 (kA)																																																																			

<u>15. SCHLESWIG-HOLSTEIN</u>		<u>16. THÜRINGEN</u>																																																																		
01.	<ul style="list-style-type: none"> - Vorsitz Mitglied des Innenministeriums (einer der zwei HFK-benannten Mitglieder) - Arbeitsgemeinschaft kommunaler Landesverbände (2) - Innenministerium (2) STAAT: 4 - Katholisches Erzbistum Hamburg (1) - Nordelbische Evangelisch Lutherische Kirche. (1) - Liga der Freien Wohlfahrtsverbände – Deutsches Rotes Kreuz (1) - Liga der Freien Wohlfahrtsverbände – Arbeiterwohlfahrt (1) - Türkische Gemeinde Schleswig-Holstein / Amnesty International (1 – alternierende Stellvertretung) - Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein (1) NGO: 6 	<ul style="list-style-type: none"> - Staatssekretär für Ausländerrecht zuständige Ministerium (Vorsitz ohne Stimmrecht) - Vorsitzender des Petitionsausschusses (1) - Vertreter des Gemeinde- und Städtebundes (1) - Vertreter des Landkreistages (1) - Ausländerbeauftragter des MfSFG (1) STAAT: 4 - Katholische Kirche (1) - Evangelische Kirche (1) - Liga der Freien Wohlfahrtsverbände (1) - Landesärztekammer (1) [langjähriges ai-Einzelmitglied] NGO: 4 																																																																		
02.	durch das Innenministerium	auf Vorschlag der entsendenden Institutionen																																																																		
03.	Mitarbeit von Personen mit Migrationshintergrund angestrebt	VO ohne Angabe																																																																		
04.	<ul style="list-style-type: none"> - auch durch Anrufung von AusländerInnen !! → positive HFK-Gestaltung !! - auch durch bevollmächtigte Dritte !! → positive HFK-Gestaltung !! 	- nur durch mind. einem Mitglied der HFK																																																																		
05.	<p>§ 13 HFKVO "zwingend"</p> <p>1. ABH Schleswig -Holstein nicht zuständig</p> <p>2. wenn Ziel in anderem aufenthaltsrechtlichen oder Asylverfahren erreicht werden kann oder konnte (insb. bei ausschließlich Angabe von zielstaatsbezogenen Gründen)</p> <p>§ 16 (3) HFKVO "in der Regel" 3. Straftat von erheblichem Gewicht gem. §§ 53, 54 AufenthG Pkt.3 der GO "in der Regel": Aufenthalt ohne Aufenthaltstitel; Tatbestand §§ 53, 54, 58a AufenthG erfüllt; nicht nur kurzfristiger (> 3 Mon.) unrechtmäßiger Aufenthalt; Anrufung der HFK "offensichtlich missbräuchlich"; Verfahren, Ausreise "offensichtlich missbräuchlich" verzögert</p>	<p>§ 5 Abs.1 HFKVO "zwingend"</p> <p>1. nicht in der BRD aufhaltend</p> <p>2. ABH Thüringen sind nicht zuständig</p> <p>3. nicht vollziehbar ausreisepflichtig</p> <p>4. ausschließlich zielstaatsbezogene Gründe (!!)</p> <p>5. Ausweisung gem. §§ 53, 54, 55 Abs.2 Nr.1 o. 8 AufenthG</p> <p>6. zur Fahndung ausgeschrieben</p> <p>7. keine Änderung der Sach- und Rechtslage</p>																																																																		
06.	GS beim IM (eigenständiger Vorprüfungsausschuss - 2 von Kommission gewählte Personen)	GS beim für Ausländerrecht zuständigen Ministerium																																																																		
07.	VO ohne Angabe / GS kann ABH informieren und bittet im Regelfall um Aussetzung der Abschiebung / ABH ist nicht an Weisung diesbezüglich gebunden	VO ohne Angabe - offenbar keine Aussetzung vorgesehen !!																																																																		
08.	§ 15 Abs.1 HFKVO mit einfacher Mehrheit der anwesenden Mitglieder	§ 6 Abs.3 HFKVO: 2/3 - Mehrheit der stimmberechtigten HFK-Mitglieder (auch der nicht anwesenden !!)																																																																		
09.	Anrufung selbst ist kein Rechtsbehelf	VO ohne Angabe																																																																		
10.	durch Innenminister	durch für Ausländerrecht zuständigen Minister																																																																		
11.	<p>TB von 01.01.2005 – 31.12.2008 - http://www.frsh.de/behoe/hfk.html</p> <p>Quote Anteil Beratungen zu Eingängen kumuliert: 56,86 %</p> <table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse; text-align: center;"> <thead> <tr> <th style="text-align: left;">Fälle (Personen)</th> <th>05/06</th> <th>2007</th> <th>2008</th> <th>kumuliert</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td style="text-align: left;">Eingänge</td> <td>300</td> <td>63</td> <td>45</td> <td>408 (952)</td> </tr> <tr> <td style="text-align: left;">Beratungen</td> <td>185</td> <td>23</td> <td>24</td> <td>232 (570)</td> </tr> <tr> <td style="text-align: left;">Ersuchen</td> <td>95</td> <td>10</td> <td>7</td> <td>112 (254)</td> </tr> <tr> <td style="text-align: left;">Stattgaben</td> <td>84</td> <td>8</td> <td>7</td> <td>99 (221)</td> </tr> <tr> <td style="text-align: left;">IM nicht abschließend entschieden</td> <td>2</td> <td>0</td> <td>0</td> <td>2 (8)</td> </tr> <tr> <td style="text-align: left;">Nichtstattgaben</td> <td>9</td> <td>2</td> <td>0</td> <td>11 (25)</td> </tr> </tbody> </table>	Fälle (Personen)	05/06	2007	2008	kumuliert	Eingänge	300	63	45	408 (952)	Beratungen	185	23	24	232 (570)	Ersuchen	95	10	7	112 (254)	Stattgaben	84	8	7	99 (221)	IM nicht abschließend entschieden	2	0	0	2 (8)	Nichtstattgaben	9	2	0	11 (25)	<p>Statistik 2005 - 31.12.2008; kein TB; Statistik für 2007 online erhältlich unter http://www.thüringen.de/de/tim/aktuell/presse/30357/uindex.html</p> <p>Quote Anteil Beratungen zu Eingängen kumuliert: 82,59 %</p> <table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse; text-align: center;"> <thead> <tr> <th style="text-align: left;">Fälle (Personen)</th> <th>05/06</th> <th>2007</th> <th>2008</th> <th>kumuliert</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td style="text-align: left;">Eingänge</td> <td>139</td> <td>33</td> <td>29</td> <td>201 (728)</td> </tr> <tr> <td style="text-align: left;">Beratungen</td> <td>111</td> <td>32</td> <td>23</td> <td>166 (606)</td> </tr> <tr> <td style="text-align: left;">Ersuchen</td> <td>71</td> <td>19</td> <td>12</td> <td>102 (kA)</td> </tr> <tr> <td style="text-align: left;">Stattgaben</td> <td>56</td> <td>17</td> <td>10</td> <td>83 (305)</td> </tr> <tr> <td style="text-align: left;">Nichtstattgaben</td> <td>14</td> <td>2</td> <td>2</td> <td>18 (kA)</td> </tr> </tbody> </table>		Fälle (Personen)	05/06	2007	2008	kumuliert	Eingänge	139	33	29	201 (728)	Beratungen	111	32	23	166 (606)	Ersuchen	71	19	12	102 (kA)	Stattgaben	56	17	10	83 (305)	Nichtstattgaben	14	2	2	18 (kA)
Fälle (Personen)	05/06	2007	2008	kumuliert																																																																
Eingänge	300	63	45	408 (952)																																																																
Beratungen	185	23	24	232 (570)																																																																
Ersuchen	95	10	7	112 (254)																																																																
Stattgaben	84	8	7	99 (221)																																																																
IM nicht abschließend entschieden	2	0	0	2 (8)																																																																
Nichtstattgaben	9	2	0	11 (25)																																																																
Fälle (Personen)	05/06	2007	2008	kumuliert																																																																
Eingänge	139	33	29	201 (728)																																																																
Beratungen	111	32	23	166 (606)																																																																
Ersuchen	71	19	12	102 (kA)																																																																
Stattgaben	56	17	10	83 (305)																																																																
Nichtstattgaben	14	2	2	18 (kA)																																																																

G E S A M T S T A T I S T I K 2 0 0 5 - 2 0 0 8

Ab Beginn der einzelnen HFK 2005 bzw. 2006 – 31.12.2008

Ersuchen / Beraten = Anzahl der Ersuchen im Verhältnis zu beratenen Fällen

Stattgaben / Ersuchen = Anzahl der Stattgaben im Verhältnis zu Ersuchen

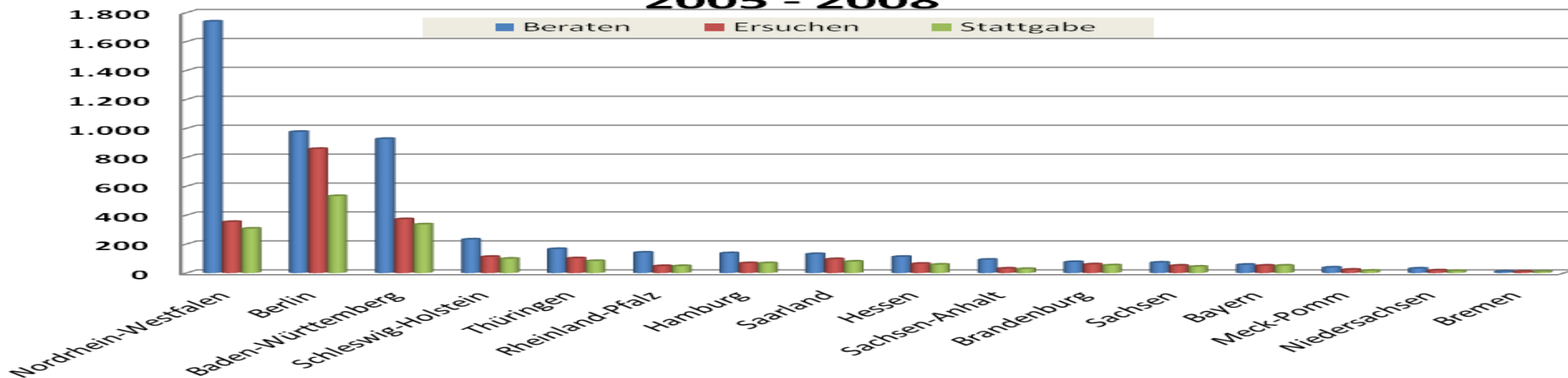
1. Fälle in %; nach Bundesländer

	2005/2006		2007		2008		Kumuliert	
	Ersuchen Beraten	Stattgaben Ersuchen	Ersuchen Beraten	Stattgaben Ersuchen	Ersuchen Beraten	Stattgaben Ersuchen	Ersuchen Beraten	Stattgaben Ersuchen
Baden-Württemberg	39,94%	91,32%	38,93%	88,00%	44,00%	90,63%	40,13%	90,81%
Bayern	0,00%	0,00%	90,48%	100,00%	88,89%	100,00%	89,47%	100,00%
Berlin	89,10%	60,99%	87,01%	59,74%	84,34%	68,57%	87,91%	62,00%
Brandenburg	80,85%	84,21%	64,71%	90,91%	91,67%	100,00%	78,95%	88,33%
Bremen	100,00%	100,00%	100,00%	100,00%	100,00%	100,00%	100,00%	100,00%
Hamburg	64,00%	100,00%	12,50%	100,00%	53,33%	100,00%	49,64%	100,00%
Hessen	57,14%	88,89%	55,17%	93,75%	60,00%	91,67%	57,14%	90,63%
Mecklenburg-Vorpommern	52,94%	77,78%	72,73%	50,00%	60,00%	83,33%	60,53%	69,57%
Niedersachsen	0,00%	0,00%	50,00%	83,33%	63,16%	75,00%	58,06%	77,78%
Nordrhein-Westfalen	18,87%	87,20%	15,18%	100,00%	40,85%	100,00%	20,30%	95,05%
Rheinland-Pfalz	35,14%	100,00%	28,57%	100,00%	27,27%	100,00%	33,57%	100,00%
Saarland	70,30%	83,10%	92,86%	92,31%	75,00%	80,00%	73,28%	84,04%
Sachsen	65,12%	75,00%	81,82%	100,00%	75,00%	75,00%	70,00%	79,59%
Sachsen-Anhalt	34,69%	94,12%	24,00%	100,00%	50,00%	100,00%	34,44%	96,55%
Schleswig-Holstein	51,35%	90,32%	43,48%	80,00%	29,17%	100,00%	48,28%	90,00%
Thüringen	63,96%	78,87%	82,61%	89,47%	63,16%	83,33%	66,67%	81,37%
<u>Bundesdurchschnitt</u>							<u>60,52%</u>	<u>87,86%</u>

2. Fälle in %;

2a. nach Anzahl der Ersuchen im Verhältnis zu beratenen Fällen			2b. nach Anzahl der Stattgaben im Verhältnis zu Ersuchen		
	2005 - 2008			2005 - 2008	
	Ersuchen Beraten	Stattgaben Ersuchen		Ersuchen Beraten	Stattgaben Ersuchen
Bremen	100,00%	100,00%	Bayern	89,47%	100,00%
Bayern	89,47%	100,00%	Bremen	100,00%	100,00%
Berlin	87,91%	62,00%	Hamburg	49,64%	100,00%
Brandenburg	78,95%	88,33%	Rheinland-Pfalz	33,57%	100,00%
Saarland	73,28%	84,04%	Sachsen-Anhalt	34,44%	96,55%
Sachsen	70,00%	79,59%	Nordrhein-Westfalen	20,30%	95,05%
Thüringen	66,67%	81,37%	Baden-Württemberg	40,13%	90,81%
Mecklenburg-Vorpomm	60,53%	69,57%	Hessen	57,14%	90,63%
Niedersachsen	58,06%	77,78%	Schleswig-Holstein	48,28%	90,00%
Hessen	57,14%	90,63%	Brandenburg	78,95%	88,33%
Hamburg	49,64%	100,00%	Saarland	73,28%	84,04%
Schleswig-Holstein	48,28%	90,00%	Thüringen	66,67%	81,37%
Baden-Württemberg	40,13%	90,81%	Sachsen	70,00%	79,59%
Sachsen-Anhalt	34,44%	96,55%	Niedersachsen	58,06%	77,78%
Rheinland-Pfalz	33,57%	100,00%	Mecklenburg-Vorpomm	60,53%	69,57%
Nordrhein-Westfalen	20,30%	95,05%	Berlin	87,91%	62,00%
Bundesdurchschnitt	60,52%	87,86%	Bundesdurchschnitt	60,52%	87,86%

Vergleich Beratungen - Ersuchen - Stattgaben 2005 - 2008



3. Gesamtstatistik – in % Fälle gegenüber Personen (kA = keine vollständigen Angaben über Personenzahl)

	Fälle 2005 - 2008			Personen 2005 - 2008			Ersuchen/Beratungen		Stattgabe/Ersuchen	
	Beratungen	Ersuchen	Stattgabe	Beratungen	Ersuchen	Stattgabe	Fälle	Personen	Fälle	Personen
Baden-Württemberg	927	372	336	3.288	1.224	1.104	40,13%	37,23%	90,81%	90,20%
Bayern	57	51	51	kA	145	145	89,47%		100,00%	100,00%
Berlin	976	858	532	2.619	2.375	1.551	87,91%	90,68%	62,00%	65,31%
Brandenburg	76	60	53	kA	167	147	78,95%		88,33%	88,02%
Bremen	10	10	10	21	21	21	100,00%	100,00%	100,00%	100,00%
Hamburg	137	68	68	356	183	183	49,64%	51,40%	100,00%	100,00%
Hessen	112	64	58	kA	kA	kA	57,14%		90,63%	
Mecklenburg-Vorpommern	38	23	16	kA	68	46	60,53%		69,57%	67,65%
Niedersachsen	31	18	14	kA	kA	kA	58,06%		77,78%	
Nordrhein-Westfalen	1.739	353	307	kA	kA	kA	20,30%		95,05%	
Rheinland-Pfalz	143	48	48	510	177	177	33,57%	34,71%	100,00%	100,00%
Saarland	131	96	79	431	318	258	73,28%	73,78%	84,04%	81,13%
Sachsen	70	49	39	195	150	118	70,00%	76,92%	79,59%	78,67%
Sachsen-Anhalt	92	31	28	kA	kA	121	34,44%		96,55%	
Schleswig-Holstein	232	112	99	570	254	221	48,28%	44,56%	90,00%	87,01%
Thüringen	166	102	83	606	kA	305	66,67%		81,37%	
Gesamt	4.937	2.315	1.821	8.596	5.082	4.397				

4. Gesamtzahl von AE (Stattgaben) nach § 23a AufenthG von 2005 - 2008

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
	Fälle	Person pro Fall	Personen	Anteil pro BundesL	Personen lt. BReg ²	Anteil pro BundesL	KSt-Sch 2008 ³	Quote KSt-Sch zu Anteil BL(4)	Einwohner in 1000 ⁴	Anteil Härtefälle zu Einwohner
Baden-Württemberg	336	3,29	1.104	19,88%	1.006	22,03%	12,74	156,11%	10.739	0,010280%
Bayern	51	2,84	145	2,61%	136	2,98%	14,93	17,49%	12.483	0,001162%
Berlin	532	2,92	1.551	27,93%	1.314	28,77%	4,97	561,63%	3.404	0,045564%
Brandenburg	53	2,77	147	2,65%	74	1,62%	3,15	83,93%	2.548	0,005769%
Bremen	10	2,10	21	0,38%	23	0,50%	0,94	40,10%	664	0,003163%
Hamburg	68	2,69	183	3,30%	122	2,67%	2,51	131,09%	1.754	0,010433%
Hessen ¹	58	3,05	177	3,19%	145	3,17%	7,33	43,48%	6.075	0,002912%
Meck-Pomm	16	2,88	46	0,83%	32	0,70%	2,12	38,99%	1.694	0,002715%
Niedersachsen ¹	14	3,05	43	0,77%	34	0,74%	9,30	8,27%	7.983	0,000535%
Nordrhein-Westfalen ¹	307	3,05	936	16,86%	816	17,87%	21,42	78,70%	18.029	0,005194%
Rheinland-Pfalz	48	3,69	177	3,19%	145	3,17%	4,81	66,26%	4.053	0,004367%
Saarland	79	3,27	258	4,65%	176	3,85%	1,25	371,97%	1.043	0,024736%
Sachsen	39	3,03	118	2,12%	88	1,93%	5,28	40,23%	4.250	0,002776%
Sachsen-Anhalt	28	4,32	121	2,18%	102	2,23%	3,03	71,84%	2.442	0,004955%
Schleswig-Holstein	99	2,23	221	3,98%	155	3,39%	3,32	120,04%	2.834	0,007798%
Thüringen	83	3,67	305	5,49%	199	4,36%	2,89	190,11%	2.311	0,013198%
	1.821	3,05	5.553	100%	4.567	100%	100%			

¹ (zu Spalte 3 + 4) Hessen, Niedersachsen + NRW weisen in ihren Statistiken keine Personenzahlen hinsichtlich Stattgaben aus. Die angenommene Personenzahl in diesen drei Bundesländern resultiert aus der durchschnittlichen Hochrechnung der übrigen BL mit im Schnitt 3,05 Personen pro Fall. Nach dieser Hochrechnung hätten ca. 5.550 Personen insgesamt seit 2005 eine AE nach § 23a AufenthG erhalten, von denen Berlin, Baden-Württemberg und NRW alleine fast 2/3 aufgenommen haben.

² (zu Spalte 5 + 6) Lt. Antwort der Bundesregierung auf eine kl. Anfrage der LINKEN vom 23.02.2009 (DrS 16/12029) sollen zum 31.12.2008 insgesamt 4.567 Personen eine AE nach § 23a AufenthG besessen haben. Dies wäre ein erheblicher Unterschied zu den lt. HFK herausgegebenen Zahlen. Erklärbar wäre diese Differenz u.a. mit Wegzug von Personen aus dem Bundesgebiet, verspätete Übermittlung von Zahlen durch die ABH an das Ausländerzentralregister; zeitliche Verzögerungen bei der praktischen Umsetzung der positiven Stattgaben (z.B. durch Beibringen der erforderlichen Unterlagen wie Reisepass etc.), Änderungen des Aufenthaltsstatus durch z.B. Heirat, Familiennachzug; oder aber aufgrund Verweigerung einer Verlängerung der AE bzw. Aufhebung der AE, soweit diese unter Vorbehalt der Lebensunterhaltssicherung erteilt wurde, der LU dann aber immer noch nicht gewährleistet war. Verlässliche Informationen zu diesen Faktoren sind derzeit nicht bekannt.

³ (zu Spalte 7 + 8) Königssteiner Schlüssel - Quelle: http://www.gwk-bonn.de/fileadmin/Papers/koenigsteiner_schluesel_2008.pdf - Bei einem Vergleich der anteiligen Aufnahme von Härtefällen (Spalte 4) mit diesem Schlüssel ergibt sich eine Über- bzw. Unteraufnahme gemäß Tabelle 8. Hiernach haben Berlin (gefolgt vom Saarland und Thüringen) mit Abstand überproportional und Niedersachsen (gefolgt von Bayern, Mecklenburg-Vorpommern, Bremen und Sachsen) mit Abstand unterproportional Härtefälle aufgenommen.

⁴ (zu Spalte 9 + 10) - Verglichen mit der Bevölkerungsdichte eines Bundeslandes (Stand 31.12.2006) ist auch hier signifikant, dass Berlin (gefolgt vom Saarland und Thüringen) proportional die meisten, und auch Niedersachsen (sowie Bayern und Mecklenburg-Vorpommern) die wenigsten Härtefälle aufgenommen haben. Wenn auch bei derartigen Vergleichen Verzerrungsfaktoren - wie z.B. eine etwaige großzügigere Vergabe von Aufenthaltstiteln nach anderen Vorschriften (insb. Bleiberechtsregelung) in verschiedenen Bundesländern oder höhere Ausländeranteile in Ballungsgebieten - zu berücksichtigen sind, zeigen diese Vergleichsgrößen doch eine recht deutliche Tendenz hinsichtlich des Umgangs mit Härtefällen bzw. der Aufnahmebereitschaft von Härtefällen.

5. Hauptherkunftsländer und ihre Verteilung auf die ersten meistbetroffenen Bundesländer

Die Angaben der Zahlen hinsichtlich der Hauptherkunftsländer basieren zumeist auf den Angaben hinsichtlich der Fall-Eingaben; nicht auf Ersuchen oder Stattgaben. Die Zahlen können nicht vollständig wiedergegeben werden aufgrund der lückenhaften bzw. nicht deckungsgleichen Angaben in den Tätigkeitsberichten bzw. veröffentlichten Statistiken (die Länder Bayern und Berlin veröffentlichen diesbezüglich keinerlei Zahlen; einige andere Bundesländer nur fragmentarisch. Die nachstehenden Angaben können jedoch, da alle verfügbaren Zahlen ausgewertet wurden, als einigermaßen verlässliche Richtwerte dienen.

	Summe plus Summe		
	Personen	Fälle	
Serbien, Montenegro, Kosovo	3972	1212	NRW; Baden-Württemberg; Saarland; Schleswig-Holstein, Hessen
Türkei	878	336	NRW; Baden-Württemberg; Schleswig-Holstein, Hessen; Saarland
Kongo	192	63	NRW; Baden-Württemberg; Schleswig-Holstein, Brandenburg
Sri Lanka	93	95	NRW; Baden-Württemberg; Hessen; Schleswig-Holstein
Vietnam	273	31	Baden-Württemberg; Brandenburg; Sachsen-Anhalt; Sachsen
Bosnien-Herzegowina	287	18	Baden-Württemberg; Brandenburg; Sachsen-Anhalt; Sachsen
Iran	107	75	NRW; Baden-Württemberg; Schleswig-Holstein,
Syrien	184	18	Baden-Württemberg; Saarland; Schleswig-Holstein; Niedersachsen
Pakistan	200	0	Baden-Württemberg; Schleswig-Holstein, Hessen
Afghanistan	103	24	Hamburg; Schleswig-Holstein; Baden-Württemberg
Russland	80	30	Schleswig-Holstein; Hamburg ; Saarland
Libanon	131	5	Baden-Württemberg; Schleswig-Holstein
Mazedonien	125	0	Baden-Württemberg; Schleswig-Holstein; Rheinland-Pfalz
Armenien	74	4	Mecklenburg-Vorpommern; Schleswig-Holstein; Rheinland-Pfalz
Irak	70	1	Baden-Württemberg; Schleswig-Holstein, Thüringen
Kroatien	67	0	Baden-Württemberg
Äthiopien	47	0	Baden-Württemberg
Georgien	21	8	Hessen; Schleswig-Holstein; Saarland
Togo	45	0	Schleswig-Holstein; Brandenburg; Mecklenburg-Vorpommern
Algerien	39	0	Saarland; Schleswig-Holstein; Hessen
Aserbaidshjan	34	1	Schleswig-Holstein; Mecklenburg-Vorpommern; Rheinland-Pfalz, Saarland
Kamerun	34	0	Brandenburg; Baden-Württemberg
Jordanien	12	7	Brandenburg; Sachsen
Albanien	21	3	Rheinland-Pfalz; Hessen; Bremen
Rumänien	17	0	Hessen; Schleswig-Holstein
Kolumbien	16	0	Brandenburg
Marokko	7	0	Hessen